

# Materialien

für die 3. Tagung  
des 3. Stadtparteitages  
am 8. Juni 2013

Veranstaltungssaal LVB,  
Angerbrücke, Jahnallee 56

***DIE LINKE.***



## **Tagesordnung für die 3. Tagung des 3. Stadtparteitages**

- 1
- 2 1. Eröffnung und Begrüßung
- 3 2. Konstituierung der 3. Tagung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
- 4 3. Referat des Vorsitzenden
- 5 4. Einbringung des Entwurfs der drogenpolitischen Leitlinien
- 6 5. Diskussion
- 7 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 8 7. Diskussion und Beschlussfassung der ordnungs- und sicherheitspolitischen Leitlinien
- 9 8. Jahresabrechnung Finanzen 2012
- 10 9. Vorstellung und Wahlen:
- 11 c. Nachwahl eines Mitgliedes des Stadtvorstandes – gemischte Liste
- 12 10. Anträge
- 13 11. Schlusswort

## **Zeitplan für die 3. Tagung des 3. Stadtparteitages**

- 14
- 15 9:30 Uhr Eröffnung und Begrüßung
- 16 9:45 Uhr Konstituierung der 3. Tagung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
- 17 10:00 Uhr Referat des Vorsitzenden
- 18 10:30 Uhr Einbringung des Entwurfs der drogenpolitischen Leitlinien
- 19 10:40 Uhr Diskussion
- 20 12:30 Uhr Mittagspause
- 21 13:15 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 22 13:20 Uhr Diskussion und Beschlussfassung der ordnungs- und sicherheitspolitischen
- 23 Leitlinien
- 24 14:20 Uhr Jahresabschluss Finanzen 2012
- 25 14:35 Uhr Vorstellung und Wahl eines Mitgliedes des Stadtvorstandes – gemischte Liste
- 26 15:00 Uhr Anträge
- 27 15:45 Uhr Schlusswort

## **Geschäftsordnung 3. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig**

- 1  
2 1. Der Stadtparteitag wird durch die Tagungsleitung geleitet. Diese wird in offener Abstimmung mit  
3 einfacher Mehrheit gewählt. Die Tagungsleitung besteht aus sechs Delegierten.
- 4 2. Die Mandatsprüfungs-, Redaktions- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit  
5 einfacher Mehrheit gewählt.
- 6 3. Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Rechtmäßigkeit von Delegierungen.  
7 Organisationen der Basis und Zusammenschlüssen, die den Frauenanteil (entsprechend der  
8 Mindestquotierung von 50 %) nicht eingehalten haben, bleiben die den Frauen vorbehaltenen  
9 Mandate unbesetzt. Organisationen der Basis, deren Frauenanteil bei weniger als 25 Prozent liegt,  
10 können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.
- 11 4. Die Mandatsprüfungskommission stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie ist gegeben, wenn  
12 entsprechend ihres Berichtes mindestens 50 % der Delegierten Frauen und mehr als 50 % der  
13 Delegierten anwesend sind. Für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmelde Listen der  
14 Mandatsprüfungskommission relevant.
- 15 5. Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter/in sowie  
16 mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann sie  
17 Helfer/innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Über den Abschluss von  
18 Kandidatenlisten entscheidet nach Antrag der Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher  
19 Mehrheit.
- 20 6. Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und  
21 schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.
- 22 7. Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem Zeitplan  
23 geregelt. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während des Stadtparteitages  
24 bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten. Antrag auf „Abschluss der Debatte“  
25 können nur Delegierte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.  
26 Vor dieser Abstimmung wird die Rednerliste verlesen.
- 27 8. Beschluss- und Rederecht haben die gewählten Delegierten. Mitglieder der Linksfraktion im  
28 Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag sowie der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat,  
29 Mitglieder des Bundes-, Landes- und Stadtvorstandes Leipzig DER LINKEN. haben Rederecht. Von  
30 dem Stadtparteitag in Gremien oder als Delegierte zu Landes- und Bundesparteitag gewählte  
31 Mitglieder sind TeilnehmerInnen mit beratender Stimme, sofern sie nicht Delegierte sind.
- 32 9. Wortmeldungen sind schriftlich bei der Tagungsleitung einzureichen. Die Tagungsleitung erteilt  
33 das Wort unter Berücksichtigung der Quotierung in der Reihenfolge der Wortmeldungen und kann  
34 auch Gästen das Wort erteilen. Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt fünf Minuten.  
35 Wird eine Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit  
36 einfacher Mehrheit. Niemand kann innerhalb einer Debatte mehr als zweimal das Wort erhalten.
- 37 10. Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht  
38 werden. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 15 Delegierten mit beschließender  
39 Stimme. Zur Begründung des Antrages erhält der/die Antragsteller/in das Wort. Die Redezeit

40 beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann ein/e Redner/in dagegen und  
41 eine/r dafür sprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der  
42 Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Delegierte können nach einer Abstimmung persönliche  
43 Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen auf eine begrenzte  
44 Debatte sind Inhalt und Zeitdauer vorzuschlagen.

45 11. Anträge zur Geschäftsordnung können nur durch Delegierte mündlich gestellt werden. Das Wort  
46 zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner erteilt. Vor der  
47 Abstimmung erfolgen eine Für- und eine Gegenrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst  
48 nach Abschluss der Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

49 12. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der  
50 anwesenden Delegierten gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die  
51 Abstimmung erfolgt durch Heben der Delegiertenkarte.

# 1 **Wahlordnung 3. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig**

- 2 1. In geheimer Wahl werden gewählt:  
3 • die/der Vorsitzende des Stadtverbandes  
4 • die zwei Stellvertreter/innen der/des Vorsitzenden  
5 • der/die Schatzmeister/in  
6 • die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes  
7 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission • die Mitglieder der Schlichtungskommission  
8 • die Delegierten zum Landes- und Bundesparteitag • die Vertreter/innen für den Landesrat
- 9 2. Wahlberechtigt sind die Delegierten zum 3. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig.
- 10 3. Die Aufstellung der Kandidierendenliste wird von der Tagungsleitung geleitet. Jede/r Delegierte hat das  
11 Recht, Vorschläge zu unterbreiten oder sich selbst als KandidatIn vorzuschlagen.
- 12 4. Zur Wahl können auch Gäste vorgeschlagen werden, wenn sie Mitglied der Partei DIE LINKE. sind und dem  
13 Stadtverband Leipzig angehören.
- 14 5. Wenn Mitglieder der Wahlkommission selbst zur Wahl stehen, scheiden sie aus der Wahlkommission aus.  
15 Für ausgeschiedene Mitglieder ist für den Fall des Unterschreitens einer Mindestzahl von sieben Mitgliedern  
16 der Wahlkommission umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.
- 17 6. Jede/r Delegierte hat das Recht, Fragen an die KandidatInnen zu stellen, die KandidatInnenvorschläge zu  
18 unterstützen und Einwände zu erheben.
- 19 7. Bei begründeter Abwesenheit von KandidatInnen können Fragen zur Person durch eine Person des  
20 Vertrauens beantwortet werden.
- 21 8. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang für ausschließlich  
22 Kandidatinnen durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang mit weiblichen und männlichen  
23 Kandidierende werden dann die restlichen Mandate vergeben. Als gewählt gelten die Kandidaten mit den  
24 meisten Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist dann eine Stichwahl notwendig, wenn es um den jeweils letzten  
25 zu vergebenden Platz geht. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder  
26 umfasst. Für die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %.  
27 Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Innerhalb  
28 dieser Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.
- 29 9. Die Delegierten verfügen bei jeder Wahl über so viele Stimmen, wie zu vergebende Plätze vorhanden sind.  
30 Es müssen nicht alle Stimmen ausgeschöpft werden.
- 31 10. Bei der Wahl der/des Vorsitzenden gilt die/derjenige als gewählt, die/der mehr als 50 Prozent der  
32 Stimmen der anwesenden Delegierten erhält. Sollte im ersten Wahlgang keine/r die absolute Mehrheit  
33 erhalten, gehen die beiden bestplatzierten Kandidat/innen in einen zweiten Wahlgang mit Stichwahl  
34 Charakter, bei dem der/die Kandidat/in mit den meisten Stimmen gewählt ist. Bei Stimmengleichheit finden  
35 weitere Wahlgänge statt. Die Wahl der Stellvertreter/innen und des/der Schatzmeister/in erfolgt nach dem  
36 gleichen Verfahren.
- 37 11. Die Wahl wird durch die vom Stadtparteitag gewählte Wahlkommission geleitet. Über jede durchgeführte  
38 Wahl ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das vom Wahlleiter/Wahlleiterin und zwei Mitgliedern der  
39 Wahlkommission und einem Vertreter der Versammlungsleitung zu unterzeichnen und in geeigneter Form zu  
40 veröffentlichen ist.

# Leitlinien Ordnung und Sicherheit der Partei DIE LINKE Stadtverband Leipzig

## 1. Zur Situation von Ordnung und Sicherheit in Leipzig

Seit Jahren ist Leipzig die sächsische Kriminalitätshauptstadt. Die einschlägigen offiziellen Statistiken belegen einen steten Anstieg von Kriminalitätsdelikten. Hingegen ist die Aufklärungsrate von Straftaten im Vergleich zu den anderen sächsischen Großstädten wesentlich geringer. Während Chemnitz hinsichtlich der Aufklärungsrate in einem bundesweiten Ranking den 3. Platz belegt, rangiert Leipzig erst an 31. Stelle. In unserer Stadt werden bislang lediglich 51 Prozent der Straftaten aufgeklärt, in Chemnitz sind es hingegen fast zwei Drittel.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn in repräsentativen Bürgerumfragen das Bedürfnis der Leipzigerinnen und Leipziger nach persönlicher Sicherheit inzwischen an erster Stelle rangiert. Obwohl Kriminalität alle Generationen betrifft und inzwischen wegen des demografischen Wandels auch stärker bei Älteren auftritt, ist sie jedoch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen überdurchschnittlich. Selbst Kinder werden mittlerweile zunehmend kriminell.

Für uns ist es zudem gerade in einer Stadt reicher Traditionen und Weltoffenheit erschreckend, dass Straftaten mit ausländerfeindlichem, rassistischem und rechtsextremistischem Hintergrund weiter zugenommen haben.

Dass diese Belastungen zu einer Einschränkung der Lebensqualität der in Leipzig Lebenden führen, liegt auf der Hand. Neben der Landespolitik ist daher auch die Kommunalpolitik gefordert, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und vor allem tragfähige Handlungsalternativen zu entwickeln.

Obwohl die Lage oft durch einseitige und tendenziöse Berichterstattung zusätzlich dramatisiert und von konservativen politischen Kreisen für ihre Zwecke missbraucht wird, bleibt sie dennoch Besorgnis erregend. Wir dürfen dieses so sensible Politikfeld, das die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bewegt, nicht der CDU überlassen, deren Rezepte sich gerade in Leipzig als völlig untauglich erwiesen haben. Wer, wie die Konservativen meinen, wachsende Kriminalität in erster Linie durch Verschärfung der Gesetze und durch rigoroseres Handeln von Polizei und Justiz zu

31 begegnen, wird vielleicht sogar bei Teilen der Bevölkerung scheinbar den Eindruck  
32 eines größeren Sicherheitsgefühles hinterlassen, aber nie und nimmer zu den Wurzeln  
33 zunehmender Kriminalität vordringen oder sie sogar beseitigen. Für DIE LINKE enden  
34 solche Beschränkungen immer dort, wo es zu Eingriffen in Grund- und  
35 Persönlichkeitsrechte, einhergehend mit einem gleichzeitigen Demokratieabbau kommt.

36 Für DIE LINKE steht Prävention eindeutig im Zentrum ihrer Ordnungs- und  
37 Sicherheitspolitik. Auch wir sind für eine angemessene Präsenz von Polizei- und  
38 Ordnungskräften vor Ort. Deshalb haben wir uns sowohl im Sächsischen Landtag als  
39 auch im Leipziger Stadtrat stets gegen einen Abbau von bürgernahem  
40 Sicherheitspersonal ausgesprochen und werden dies auch künftig mit aller Konsequenz  
41 tun. Sicherheitspolitik bedarf zudem auf allen Ebenen einer breiten gesellschaftlichen  
42 und vor allem öffentlichen Mitwirkung und Kontrolle.

## 43 **2. Ursachen der Kriminalität**

44 Bei der Wertung der sicherheitspolitischen Situation in Leipzig und den notwendigen  
45 Schlussfolgerungen ist zu berücksichtigen, dass sich die realen und gesellschaftlichen  
46 Ursachen für Kriminalität kaum von denen anderer sächsischer Großstädte wie  
47 Chemnitz oder Dresden unterscheiden. Auch die Kriminalitätslagebilder differieren nur  
48 gering. Das ergibt sich aus den im wesentlichen gleichen oder zumindest ähnlichen  
49 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die wesentlich durch die von den bisherigen  
50 CDU-geführten Landesregierungen zu verantworten sind. Allerdings gibt es zwischen  
51 den genannten Städten erhebliche Unterschiede in der ökonomischen und sozialen  
52 Lage. So hat sich Leipzig den traurigen Ruf als sächsische, ja als deutsche  
53 Armutshauptstadt erworben. Das spiegelt sich u. a. in Folgendem wider:

- 54 • Die Armutsquote liegt in Leipzig mit 27 Prozent über der bundesdeutschen von  
55 15 und der sächsischen von 20 Prozent.
- 56 • Weit über dem Durchschnitt ist in Leipzig die Armutsquote bei Kindern mit ca.  
57 einem Drittel, während sie in Sachsen ein Viertel beträgt.
- 58 • Leipzig hat nach wie vor den vergleichsweise höchsten Stand an Arbeitslosigkeit  
59 in Sachsen und einen hohen Sockel von Langzeitarbeitslosen, der sich z. T.  
60 bereits auf die nächste Generation vererbt hat.



- 61 • Der Anteil derer, die in Leipzig ohne Abschluss die Schule verlassen, beträgt ca.  
62 15 Prozent und markiert damit den negativsten Wert in Sachsen.
- 63 • Die mit der prekären Haushaltslage begründete Schließung von Kultur- und  
64 Freizeitstätten sowie die Umsetzung fraglicher Konzepte in der Jugendhilfe  
65 erwiesen sich als Irrweg mit bereits jetzt sichtbaren Folgeschäden.

### 66 **3. Grundsätze linker Ordnungs- und Sicherheitspolitik**

67 DIE LINKE geht nicht davon aus, dass Arbeitslosigkeit und Armut die Betroffenen  
68 zwangsläufig in die Kriminalität führen. Aber erwiesen ist vom Grundsatz her: Prekäre  
69 soziale Verhältnisse und insbesondere ungerechte Verteilungsstrukturen sind letztlich  
70 ein Nährboden für Kriminalität. Dieses Bedingungsgefüge kann allein im Rahmen einer  
71 Kommune nicht radikal aufgebrochen werden, zumal vor allem die wirtschaftlichen und  
72 sozialen Rahmenbedingungen vom Land und noch mehr vom Bund gesetzt werden.  
73 So lässt sich ein armutsfester Mindestlohn allein in Leipzig nicht verordnen oder Hartz  
74 IV allein in einer Kommune abschaffen. Aber eine Bindung der Vergabe städtischer  
75 Aufträge an die Zahlung Existenz sichernder Löhne ist möglich wird aber bislang zu  
76 wenig praktiziert; und Leipzig müsste auch nicht sächsischer Spitzenreiter bei der  
77 Verhängung von Sanktionen durch das Jobcenter sein, zumal damit der  
78 Verfassungsgrundsatz der Existenzsicherung verletzt wird.

79 Der Kriminalität muss in erster Linie, vor allem durch die Veränderung sozialer  
80 Rahmenbedingungen, entgegen gewirkt werden. Zunächst bedeutet das allerdings, die  
81 Leipzigerinnen und Leipziger über die wirklichen Ursachen wachsender Kriminalität zu  
82 informieren. Mit diesem Ansatz unterscheiden wir uns grundsätzlich von den  
83 konservativen Kräften, die die Hauptursachen für Kriminalität nicht aus den objektiven  
84 gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ableiten, sondern auf subjektives Versagen  
85 Einzelner oder bestenfalls bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zurückführen. Aus  
86 dieser völlig anderen Sicherheitsphilosophie stoßen sie dann freilich nicht zur  
87 Erkenntnis vor, dass ein Durchbruch beim Kriminalitätsabbau letztlich die Veränderung  
88 der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Voraussetzung hat. Stattdessen solle vor allem  
89 ein „härteres Durchgreifen“ zu mehr Sicherheit führen.

90 Konservative beklagen im Zusammenhang mit Ordnung und Sicherheit zudem einen  
91 Werteverfall in unserer Gesellschaft. Sie gehen dabei natürlich von ihren

92 Wertvorstellungen aus, die allerdings mit den gewordenen Realitäten meist recht wenig  
93 zu tun haben. Wer etwa an einem gegliederten Schulsystems, welches frühzeitig  
94 aussortiert, festhält, wird kaum tragfähige Lösungen für die Probleme von heute und  
95 morgen anbieten können.

96 Dennoch kommt auch DIE LINKE nicht an der Tatsache eines Werteverfalls vorbei,  
97 wenngleich sich unsere Wertevorstellungen gravierend von denen der CDU  
98 unterscheiden.

99 Wir setzen uns dafür ein

- 100 • dass zwischenmenschliche Beziehungen nicht weiter von einer „Macht-Geld-  
101 Politik“ verdrängt werden,
- 102 • dass notwendige Solidarität nicht durch rücksichtslosen Egoismus ersetzt wird,
- 103 • dass wir uns mehr an Menschen aus den verschiedenen Lebensbereichen, die  
104 sich durch eine humanistische Grundeinstellung auszeichnen, orientieren sollten,
- 105 • dass Achtung vor dem Leben und der Würde des Anderen oberstes Gebot ist,
- 106 • dass jegliche Formen von Gewaltlosigkeit bei Konfliktlösungen zu unterstützen  
107 sind,
- 108 • dass unsere sensible Zuwendung vor allem Kindern, älteren und Menschen mit  
109 Beeinträchtigungen und Personen mit Migrationshintergrund gelten muss und
- 110 • dass der Schutz des persönlichen Eigentums garantiert bleibt

111 Bürgernahe Polizei- und Ordnungskräfte betrachten wir als einen wichtigen Garant  
112 dafür, dass sich Menschen in unserer Stadt wohl fühlen können. Die Polizei kann  
113 jedoch das, was an sozialen Konflikten existiert, nicht im Nachhinein auflösen. Ebenso  
114 wenig kann sie Fehlentwicklungen in Bildung und Erziehung beheben. Deshalb darf  
115 Politik Polizei- und Ordnungskräfte nicht in die Rolle einer Reparaturkolonne für eigenes  
116 Versagen drängen.

117 Polizei- und Ordnungskräfte stehen aus unserer Sicht nicht außerhalb unserer  
118 Stadtgesellschaft. Sie sollten sich vor allem den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet  
119 sehen und sich nicht politisch instrumentalisieren lassen. Wir unterstützen deren

120 Tätigkeit, soweit es um die Gewährleistung persönlicher und kommunaler Sicherheit,  
121 um die Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten sowie die Verfolgung von  
122 Straftäterinnen und Straftätern geht. Wir lehnen polizeiliches Handeln dann ab, sobald  
123 dieses auf die „Lösung“ sozialer oder politischer Probleme zielt.

124 Vom Freistaat Sachsen erwarten wir, wesentlich aktiver für die persönliche Sicherheit  
125 seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Das ist unabwendbarer Bestandteil der  
126 Daseinsvorsorge. Stattdessen zieht sich die amtierende sächsische Staatsregierung  
127 immer mehr aus dieser, ihrer Verantwortung zurück, indem Personal abgebaut und  
128 auch in Leipzig das Netz von Polizeistützpunkten immer mehr ausgedünnt wird. Es  
129 bleibt aus unserer Sicht dabei: Polizeiliche hoheitliche Aufgaben im Rahmen der  
130 Gewährleistung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit in der Kommune sowie bei der  
131 Verbrechensaufklärung und der Kriminalitätskontrolle dürfen nicht auf private  
132 Sicherheitsdienste übertragen werden. Persönliche Sicherheit darf nicht weiter zur  
133 Ware und zur Zweiklassengesellschaft verkommen, die sich nur jene leisten können,  
134 die über entsprechende Einkommen verfügen.

135 DIE LINKE appelliert an jede Leipzigerin und jeden Leipziger, selbst Courage zu zeigen  
136 und sich vor allem für Hilfebedürftige einzusetzen. Deshalb treten wir gegen jegliche  
137 Formen des Neofaschismus, Rassismus und Ausländerhass auf. Menschen, die wegen  
138 ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert werden, erfahren unsere tätige  
139 Solidarität. Jegliche individuelle Gewalt oder Selbstjustiz, aber auch den Missbrauch  
140 staatlicher Gewalt, lehnen wir ab.

## 141 **4. Kommunalpolitische Lösungsvorschläge**

### 142 ***4.1. Prävention durch Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen***

143 Für DIE LINKE verstehen sich Ordnung und Sicherheit nicht als Fachressort, das  
144 losgelöst von anderen Bereichen der Stadtgesellschaft betrachtet werden könnte.

145 Wir setzen uns ein für

- 146 • die Verbesserung der Wohnsituation für Jugendliche und junge Familien und  
147 unterstützen dabei auch ausdrücklich alternative Wohnformen;
- 148 • die Aufwertung bislang benachteiligter Ortsteile;

- 149 • die stärkere Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Schule  
150 und Ausbildung;
- 151 • ein größeres Gewicht des Erziehungsauftrages an Schulen;
- 152 • den Erhalt und die Neueinrichtung sowie die personelle Absicherung von  
153 Freizeit- und Begegnungsstätten;
- 154 • die Unterstützung von Vereinen und Verbänden, insbesondere jenen, die in der  
155 Selbsthilfe- und Opferberatung tätig sind;

#### 156 **4.2. Prävention durch Berücksichtigung in der Stadtplanung und bei** 157 **Bauvorhaben**

158 Bislang wurden bei Stadtplanung und Bau Aspekte von Ordnung und Sicherheit viel zu  
159 wenig beachtet. Das muss sich ändern.

160 Wir setzen uns ein für

- 161 • den Verzicht auf Monofunktionalität, um durch das Vorhandensein von  
162 Wohnungen, Läden und anderen Gewerbeeinrichtungen die Anwesenheit von  
163 Menschen zu unterschiedlichen Tageszeiten zu gewährleisten;
- 164 • die Vermeidung von funktionslosen städtischen Räumen durch Belebung von  
165 Plätzen und verwahrlosten Brachflächen;
- 166 • den Verzicht auf verdeckte Zugänge, tote Winkel und Durchgänge, um die  
167 Einsehbarkeit zu sichern;
- 168 • einen Verzicht von Videoüberwachung im öffentlichen Raum;
- 169 • die ausreichende Beleuchtung von Straßen und Haltestellen;
- 170 • die Ausdehnung des Winterdienstes auf Nebenstraßen;
- 171 • eine bessere Koordination und Sicherung von Baustellen:
- 172 • die Gestaltung von Eingangszonen und Grünanlagen in Wohngebieten.

#### 173 **4.3. Polizeipräsenz und Einsatz von Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten**

174 Viele Bürgerinnen und Bürger beklagen zu Recht, dass die Polizeipräsenz in den  
175 Ortsteilen abgenommen hat und viel zu lange Zeit vergeht, bevor Einsatzkräfte bei  
176 Gefahr vor Ort eintreffen.

177 Wir setzen uns ein für

- 178 • die Rücknahme des Stellenkürzungsprogramms der sächsischen Polizei;
- 179 • die Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen aus der Tätigkeit von  
180 Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten;
- 181 • die Schaffung weiterer Stellen von Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten unter  
182 Beachtung von Ortsteilen mit Kriminalitätsschwerpunkten;
- 183 • die Erhöhung der Zahl der Polizeistreifenfahrten und Fußstreifen;
- 184 • den Erhalt von kriminalpolizeilichen Beratungsstellen mit verhaltensorientierten  
185 und sicherheitstechnischen Angeboten;
- 186 • die Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

#### 187 **4.4. Aktive Einbeziehung der Leipzigerinnen und Leipziger**

188 Wenn Leipzigerinnen und Leipziger das Bedürfnis nach mehr persönlicher und  
189 öffentlicher Sicherheit besonders hoch ansiedeln, dann muss darauf auch mit ihrer  
190 umfassenderen Einbeziehung in entsprechende Entscheidungsprozesse reagiert  
191 werden.

192 Wir setzen uns ein für

- 193 • wesentlich mehr öffentliche Veranstaltungen und Debatten, wo Sicher-  
194 heitsprobleme nicht nur angesprochen, sondern auch Lösungsvorschläge der  
195 Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden,
- 196 • die Einbeziehung von mehr Vertreterinnen und Vertretern aus solchen Insti-  
197 tutionen wie Stadtaltern- und Schülerrat, Obdachloseninitiativen, freie Träger aus  
198 dem Sozial- und Jugendbereich in die Tätigkeit des Kriminalpräventiven Rates,
- 199 • die Bildung von Sicherheitsaktiven vor Ort, die bei den Stadtbezirksbeiräten  
200 angebunden sein könnten und

- 201 • die Aufwertung der existierenden Schiedsstellen, damit sie noch mehr zur  
202 Entlastung von Polizei und Justiz beitragen können.

#### 203 **4.5. Erhöhung der persönlichen Sicherheit im Straßenverkehr**

204 Der Straßenverkehr hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, ohne dass  
205 unsere Stadt darauf ausreichend vorbereitet gewesen wäre. Bei allen entsprechenden  
206 Problemlagen muss es uns gelingen, die unterschiedlichen Interessen wenigstens  
207 einigermaßen in Einklang zu bringen.

208 Wir setzen uns ein für

- 209 • mehr verkehrserzieherische Angebote in Kindertageseinrichtungen und Schulen,  
210 • verstärkte Verkehrskontrollen, um Rowdytum, Raserei, Verantwortungslosigkeit  
211 und Fahren unter Alkohol und anderen Drogen zurück zu drängen,  
212 • die Senkung der Promillegrenze auf 0,0,  
213 • die konsequente Ahndung von Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die  
214 Blindenleitstreifen, Bordsteinabsenkungen und Radwege zuparken,  
215 • die Förderung des Fahrradverkehrs durch den weiteren Ausbau des Wege-  
216 netzes, um den Fahrradverkehr auf Fußwegen weitgehend auszuschließen und  
217 • den Schutz von Fußgängerinnen und Fußgängern, insbesondere von Kindern  
218 sowie älteren und Menschen mit Beeinträchtigungen.

#### 219 **4.6. Entkriminalisierung des Drogenkonsums und Zurückdrängung der** 220 **Beschaffungskriminalität**

221 Der Umgang mit so genannten illegalen Drogen bewegt nach wie vor viele Menschen in  
222 unserer Stadt. Das Thema wird vor allem von konservativen Kräften missbraucht, um  
223 Betroffene zu kriminalisieren, anstatt Hilfebedürftige, einschließlich Alkohol- und andere  
224 Suchtabhängige, zu unterstützen.

225 Wir setzen uns ein für

- 226 • einen sachgerechten Umgang mit diesem Thema durch fundierte Analysen mit  
227 wissenschaftlicher Begleitung,

- 228       • den Ausbau des Netzes der Suchtprävention,
- 229       • die Unterstützung von Hilfe- und Beratungsinitiativen, darunter jenen mit  
230       niederschweligen Angeboten und
- 231       • die Begleitung von Menschen nach Entwöhnungsbehandlungen bei der Suche  
232       nach Wohnraum und Arbeit.
- 233   Die Einrichtung von Alkoholverbotzonen lehnt DIE LINKE ab.

1

1 Redaktion: Juliane Nagel, Marko Forberger, Holger Weidauer

## 2 **Entwurf der Drogen- und suchtpolitische Leitlinien der Partei DIE** 3 **LINKE. Stadtverband Leipzig**

4

### 5 **Einleitung**

6 Psychotrope Substanzen sind generell alle Wirkstoffe pflanzlicher, körpereigener oder  
7 chemisch-synthetischer Herkunft, die das Zentralnervensystem von Lebewesen  
8 beeinflussen, unabhängig davon, ob der Erwerb oder der Besitz dieser Substanzen  
9 erlaubt oder verboten ist.

10 Sie sind seit jeher Begleiter vieler Menschen.

11 Wochenende für Wochenende besuchen zahlreiche Menschen Bars, Diskotheken und  
12 Clubs oder Treffen sich zur Familienfeier in den eigenen vier Wänden, in denen neben  
13 Tabak und Alkohol auch illegalisierte Drogen konsumiert werden.

14

15 Der Begriff Droge wird in der Gegenwart zumeist verengend für jene Stoffe  
16 angewandt, deren Herstellung und Verbreitung verboten sind. Er wird undifferenziert  
17 aus dem vom Menschen gesetzten Recht abgeleitet. Diese Verengung wiederum führt  
18 zu der unrealen Aufteilung der psychotropen Substanzen in "Betäubungsmittel", den  
19 illegalisierten Drogen, einerseits und "Genussmittel", den legale Drogen, andererseits.

20

21 **Sucht** ist keine ansteckende Krankheit. Sie wird nicht automatisch durch den Konsum  
22 bestimmter Substanzen ausgelöst. Sucht kann verschiedene Ursachen haben. Das  
23 Gefährdungspotential für den Menschen hinsichtlich einer möglichen Sucht liegt in der  
24 psychosozialen Abhängigkeit von einem unrealen Lebensgefühl. Dieses scheinbar  
25 übermächtige Bedürfnis, von dem Menschen psychisch und physisch abhängig werden  
26 können und das sich auch auf Suchtmittel richten kann, heißt Sucht. Sucht als  
27 behandlungsbedürftige Krankheit liegt vor, wenn sie eine Eigendynamik und  
28 Zwanghaftigkeit annimmt, die den Einzelnen und die Einzelne nicht mehr frei  
29 entscheiden lässt. In Verbindung mit Suchtmitteln heißt süchtiges Verhalten mit  
30 Krankheitswert Suchtmittelabhängigkeit, d.h. der oder die Abhängige kann mit dem  
31 Suchtmittel nicht mehr selbstentscheidend umgehen.

32 Abhängigkeit bezeichnet jenes Verlangen, das nach einer beständigen Wiederholung  
33 der Einnahme stofflicher Suchtmittel oder von Verhaltensweisen im Zusammenspiel  
34 mit nichtstofflichen Suchtmitteln, strebt, um Lustgefühle zu wecken oder aber  
35 Schmerzen zu vermeiden. Kennzeichnend sind: Gewöhnung, Kontrollverlust und  
36 Wiederholungsdrang.

### 37 **Grundsätze linker Drogen- und Suchtpolitik**

38

39 Die herrschende Bundes - wenn nicht gar globale - Drogenpolitik folgt dem Leitbild  
40 einer drogenfreien Gesellschaft und trägt eine repressionsorientierte Handschrift. Die  
41 Kriminalisierung von DrogengebraucherInnen, das Verbot bestimmter psychoaktiver  
42 Substanzen und die Tabuisierung von realitätsbezogenen Rauscherfahrungen hat  
43 jedoch fatale, vor allem gesundheitsschädigende Folgen. Menschen werden dadurch  
44 daran gehindert, selbstbestimmt und verantwortungsvoll mit Drogen umzugehen.

45

46 DIE LINKE steht für eine emanzipatorische Drogen- und Suchtpolitik. Deren  
47 Ausgangspunkt ist die Erkenntnis und Anerkennung, dass es eine drogenfreie  
48 Gesellschaft nie gab, nicht gibt und auch nicht erstrebenswert ist.

49

50 Im Sinne eines wirkungsvollen Gesundheits- und Verbraucherschutzes fordert DIE  
51 LINKE eine umfassende Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen und eine

2

1



52 Entkriminalisierung des Drogenkonsums an sich. Das schließt die langfristige  
 53 Legalisierung der derzeit verbotenen Drogen ein. Legalisierung bedeutet  
 54 Gesundheitsschutz, weil so der Schwarzmarktverkauf von verunreinigten Substanzen  
 55 wirkungsvoll unterbunden und durch eine kontrollierte Abgabe in Apotheken oder  
 56 zertifizierten Läden ersetzt werden kann. Legalisierung würde außerdem einer  
 57 wirkungsvollen Aufklärungs- und Präventionsarbeit den Weg frei machen, die Konsum  
 58 nicht verteufelt, sondern einen kompetenten und verantwortungsvollen Umgang mit  
 59 diesem ermöglichen würde. Auch legale und gesellschaftliche akzeptierte Drogen, z.B.  
 60 Alkohol und Nikotin, und Suchtverhalten in anderen gesellschaftlichen Bereichen, z.B.  
 61 Spiel-, Kauf-, Esssucht, müssen Teil einer vorurteilsfreien Aufklärungsstrategie sein, die  
 62 bereits im frühen Kindesalter ansetzt.

63  
 64 Die kommunalen Spielräume für eine emanzipatorische Drogen- und Suchtpolitik  
 65 unterliegen durch die Bundes- und Landesgesetzgebung einem engen Rahmen.

66

## 67 **Drogen- und Suchtpolitik in der Kommune**

68 Im Mittelpunkt der kommunalen drogen- und suchtpolitischen Strategie der LINKEN in  
 69 Leipzig steht die Nutzung der Spielräume vor allem im Aufklärungs-/ Präventions- und  
 70 Hilfebereich.

71 Dabei zielen unsere politischen Ansätze auf die Schaffung von Voraussetzungen für ein  
 72 selbstbestimmtes Leben, mit oder ohne psychoaktive Substanzen.

73 Drogenhilfe ist Teil der Suchthilfe und Bestandteil der Hilfe für Menschen, die durch  
 74 den Konsum psychoaktiver Substanzen unter illegalen Bedingungen gefährdet,  
 75 beeinträchtigt oder geschädigt sind. Suchthilfe wendet sich auch den legalen  
 76 psychoaktiven Substanzen sowie nicht-stoffbezogenen Abhängigkeiten zu.

77 Kommunale Drogenhilfe sollte sozial- und gesundheitspolitisch motiviert und  
 78 entsprechend fachlich begründet sein. Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher  
 79 Problemlagen, die aus dem Konsum psychoaktiver Substanzen unter illegalen  
 80 Bedingungen erwachsen, muss die Drogenhilfe einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen.  
 81 Darum ist sie in der Praxis mit dem Dilemma von Abhängigkeit und Krankheit vs.  
 82 Kriminalisierung konfrontiert.

## 83 **Handlungsansätze**

84 Die LINKE Leipzig tritt im Interesse der KonsumentInnen für niedrigschwellige  
 85 Hilfsangebote sowie eine humane Ausrichtung der drogenpolitischen Maßnahmen  
 86 seitens der Stadt ein.

87

88 Wobei die kommunale Drogenpolitik sich an den Schwerpunkten:

89

- 90 - Prävention
- 91 - Therapie und Beratung sowie
- 92 - Überlebenshilfe/ Schadensminimierung

93

94 orientieren soll.

95

96 Die kommunale Drogenpolitik kann nur in der Zusammenarbeit aller mit der  
 97 Problematik befassten Bereiche auf Bundes- und Landesebene, der Krankenkassen,  
 98 der Rentenversicherung, des Jobcenters, der Wohlfahrtsverbände, Vereine und  
 99 Verbände, Interessensvertretungen von KonsumentInnen, der Universitäten und  
 100 Hochschulbereiche und anderer Institutionen und auch der Polizeidirektion erreicht  
 101 werden.

102

103 Wichtig für eine wirksame kommunalen Drogenpolitik ist ein abgestimmtes Vorgehen  
 104 zwischen Stadt und Polizeidirektion, wobei aber streng darauf geachtet werden muss,  
 105 dass die kommunalen Aufgaben Prävention, Therapie, Beratung und Überlebenshilfe  
 106 nicht für die polizeiliche Ermittlungsarbeit gegen DrogenkonsumentInnen missbraucht  
 107 werden, die die Hilfsangebote der Kommune in Anspruch nehmen. Einrichtungen der  
 108 Drogenhilfe und SozialarbeiterInnen sind keine HilfspolizistInnen.

109

## 110 **Prävention**

111 Präventionsmaßnahmen müssen grundsätzlich das Ziel haben, Lebens- und  
 112 Alltagskompetenzen im Umgang mit potentieller Abhängigkeit zu stärken.  
 113 Gesundheitsprävention im Zusammenhang mit Drogenkonsum zielt zum einen auf die  
 114 Vermeidung eines Abhängigkeitssyndroms, zum anderen aber auch auf die  
 115 Verringerung der Risiken für gesundheitliche Folgeschäden.

116

117 Drogenkonsum ist gerade auch ein Phänomen, das Jugendliche tangiert, da diese in  
 118 ihrer Entwicklungsphase bestrebt sind, Neues zu entdecken und Erfahrungen zu  
 119 sammeln. Hier bedeutet Prävention auch Intervention, um die Herausbildung  
 120 gesundheitsschädlicher Konsummuster zu vermeiden.

121

122 Die verschiedenen Drogen, Konsummuster und -kontexte bergen auch  
 123 unterschiedliche gesundheitliche Risiken in sich. Prävention soll daher differenziert  
 124 und zielgruppenspezifisch ausgerichtet sein.

125

126 Der Erhaltung und Weiterentwicklung der gesundheitspräventiven Angebote,  
 127 insbesondere deren fachübergreifende Vernetzung und der Absicherung der  
 128 Flächendeckung gilt unser Augenmerk.

129

- 130 - Die Arbeitsweise und Wirkung des bestehenden Hilfesystems ist in geeigneter Form  
 131 zu evaluieren, weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Innovative  
 132 Arbeitsmethoden, wie z.B. das Case Management, sind fester Bestandteil des  
 133 Suchthilfesystems. Es muss der Gefahr vorgebeugt werden, dass das  
 134 Hilfesystem am realen Bedarf vorbei agiert.
- 135 - Der gesundheitspräventiven Arbeit soll neben den einschlägigen Hilfsangeboten  
 136 zukünftig in allen lebensnahen Bereichen von Kindern, Jugendlichen und  
 137 Erwachsenen ein größeres Schwergewicht verliehen werden.
- 138 - Repressionen und beherrschende "Zeigefingerpädagogik" sind dabei ungeeignete Mittel,  
 139 um junge Menschen zu erreichen. Präventionsarbeit muss die Förderung von  
 140 Lebenskompetenzen, Konfliktbewältigung und Handlungsstrategien in den  
 141 Mittelpunkt ganzheitlicher sowie interdisziplinärer Präventionskonzepte stellen.  
 142 Die LINKE Leipzig unterstützt Modelle der Gesundheitsprävention mit dem  
 143 Ansatz der 'PEER- EDUCATION' und der Drogenmündigkeit.
- 144 - Maßnahmen der Frühintervention und Ausstiegshilfen bei riskantem Drogengebrauch  
 145 sind im Sinne der sekundären Prävention zu etablieren und zu intensivieren.
- 146 - Die erreichte Vernetzung in Leipzig ist weiter zu verstärken und zu qualifizieren. Die  
 147 Umsetzung bestehender Präventionskonzepte muss durch autorisierte und  
 148 koordinierende Strukturen langfristig gesichert werden.
- 149 - Für kontinuierliche Gesundheitspräventionsarbeit an Schulen sind die Leistungen  
 150 von Ämtern und Freien Trägern im Jugendhilfebereich festzuschreiben und  
 151 fachübergreifender gesundheits-/ suchtpreventiver Unterricht in allen Schulen  
 152 der Stadt Leipzig einzuführen.
- 153 - Es ist notwendig, die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften wie LehrerInnen,  
 154 ErzieherInnen, PsychologInnen, MedizinerInnen und SozialpädagogInnen  
 155 hinsichtlich moderner Konzeptionen der primären Suchtprevention zu  
 156 qualifizieren.

157

## 158 **Therapie und Beratung**

160 Vorrangiges Ziel muss es sein, Menschen, die für sich entschieden haben, eine  
161 Therapie in Anspruch nehmen zu wollen, dies auch zu ermöglichen. Darüber hinaus ist  
162 es wichtig, DrogenkonsumentInnen zu erreichen, bevor sie gesundheitsschädigende  
163 Konsummuster oder ein Abhängigkeitssyndrom entwickeln. Dabei darf Alter und Grad  
164 der Abhängigkeit keine Rolle spielen.

165 Ebenso sind niedrigschwellige Angebote erforderlich, um den DrogenkonsumentInnen  
166 ohne Cleanmotivation in ihrem Lebensumfeld zu helfen und sie dann über  
167 lebenspraktische Angebote wie medizinische Hilfe, Spritzentausch, Streetwork und  
168 Beratung zu erreichen.

169  
170 Für Abhängige mit problematischem Drogenkonsum müssen im Rahmen der  
171 ambulanten oder stationären Betreuung Therapieangebote vorgehalten werden, die zu  
172 einem selbstbestimmten motivieren und befähigen und gesellschaftliche Teilhabe  
173 sichern.

#### 174 175 **DIE LINKE Leipzig setzt sich ein für:**

176  
177 Ambulante Betreuung für Menschen mit problematischem Konsum

- 178  
179 - das Vorhalten niedrigschwelliger Angebote mit unkompliziertem Zugang, bzw. als  
180 aufsuchende Straßensozialarbeit mit auf den Bedarf ausgerichteten  
181 Lebenshilfeangeboten, wie qualifizierter ärztlicher Hilfe und die Schaffung von  
182 Möglichkeiten ambulanter Therapie, sowie Ausbau von Angeboten zum Erlernen  
183 kontrollierten Konsums.  
184 - den Erhalt und Ausbau stadtteilnaher Anlaufstellen der ambulanten  
185 Suchtkrankenhilfe in Zusammenarbeit mit freien Trägern, dem Gesundheitsamt und  
186 dem Amt für Jugend, Familie und Bildung und deren adäquate personelle  
187 Ausstattung (die Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. empfiehlt  
188 hier einen Versorgungsgrad von 1 MitarbeiterIn : 20.000 EinwohnerInnen)  
189 - die Beibehaltung des hohen Niveaus der Arbeit von Schwerpunkteinrichtungen zur  
190 Krisenbewältigung mit Beratung, Begleitung, Überlebenshilfe, Zugang zur ärztlichen  
191 Betreuung einschließlich der Substitution

192  
193 Stationäre Betreuung für Menschen mit problematischen Konsum

- 194  
195 - die Bestandserhaltung und den Ausbau der in Leipzig vorgehaltenen psychiatrischen  
196 Abteilungen in den Krankenhäusern und der Fachklinik für Alkohol- und  
197 Medikamentenmissbrauch.  
198 - den Auf- und Ausbau niedrigschwelliger Ausstiegshilfen

199  
200  
201 Komplementäre Angebote

- 202  
203 - den Erhalt und die Stabilisierung von komplementären Angeboten zur Förderung  
204 der sozialen und Lebenskompetenzen

#### 205 206 **Überlebenshilfe/ Schadensminimierung**

207 Die meisten Gesundheitsschäden entstehen bei den DrogenkonsumentInnen nicht  
208 durch den Drogenkonsum an sich, sondern durch die, zumeist durch Kriminalisierung  
209 verursachten und den Drogenkonsum begleitenden Umstände: verunreinigte Spritzen,  
210 zum großen Teil gesundheitsgefährdende Streckmittel und Zusatzstoffe, die den  
211 Drogen beigemischt werden, und soziale Marginalisierung.

213 Neben der schon erwähnten niedrighschwelligen medizinischen Hilfe tritt die LINKE  
214 Leipzig für weitere, die Therapie begleitende, ergänzende, aber auch ersetzende  
215 Maßnahmen zur Überlebenshilfe und Gesundheitsfürsorge ein.

218 **DIE LINKE Leipzig setzt sich ein für:**

220 **- Maßnahmen zur Schadensreduzierung**

221 Das Konzept der Schadensminimierung („harm reduction“) zielt auf die Abnahme der  
222 mit riskantem Drogenkonsum verbundenen Risiken und Gesundheitsgefährdungen ab.  
223 Diese bedingungslosen und leicht zugänglichen Maßnahmen haben vor allem  
224 individuelle aber auch gesellschaftliche Effekte. Spritzentausch, Kondomausgabe,  
225 Hygieneartikel, vor allem aber die Vermittlung in weiterführenden Hilfeangebote haben  
226 für die Betroffenen einen individuellen Nutzen, aber auch einen  
227 gesamtgesellschaftlichen Effekt.

228 In Leipzig gewährleisten vor allem Angebote der Straßensozialarbeit Angebote der  
229 Schadensminimierung. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau solcher  
230 schadensminimierender Angebote als Basis-Hilfe-Angebote ein.

231 **- Gesundheitsräume/ Drogenkonsumräume als Überlebenshilfe gegen HIV  
232 und Hepatitis C**

234 Konsumräume sind alltagsorientierte, niedrighschwellige Angebote zur Überlebenshilfe  
235 und schaffen neben den erforderlichen hygienischen Bedingungen beim  
236 Drogenkonsum einen Einstieg zu den Angeboten der Suchthilfe.  
237 Dadurch werden entstehende Infektionen wie HIV, Hepatitis, Abszesse und  
238 Blutvergiftungen verhindert. Außerdem lassen sich in Konsumräumen Todesfälle durch  
239 versehentliche Überdosierung reduzieren.

240 Eine wichtige Funktion von Gesundheitsräumen ist die Entspannung an sozialen  
241 Brennpunkten der Stadt. Die Verunreinigung und die damit verbundene  
242 Infektionsgefahr durch Spritzen und spezifischem Drogenmüll auf Kinderspielplätzen  
243 und in Parkanlagen wird deutlich vermindert. Zwar wird die Schaffung von  
244 Konsumräumen eine Konzentration von Abhängigen im Umfeld nach sich ziehen. Dies  
245 ist aber ordnungspolitisch durchaus gewollt, das Geschehen kann so in die  
246 kontrollierten und geschützten Räume verlagert werden.

247 Die Stadt Leipzig kann diese Maßnahme im Moment nicht umsetzen, da die  
248 gesetzlichen Grundlagen dies verhindern. Zwar wurden mit der Änderung des  
249 Betäubungsmittelgesetzes vom 1. April 2000 die Landesregierungen ermächtigt,  
250 durch Rechtsvorschrift die Voraussetzung für die Erteilung einer Erlaubnis für den  
251 Betrieb von Drogenkonsumräume zu regeln. Dies ist im Freistaat aber bisher noch  
252 nicht umgesetzt worden.

253 Die LINKE Leipzig fordert daher die Stadt Leipzig auf, sich bei der Landesregierung  
254 Sachsen dafür einzusetzen diese Rechtsvorschrift zu erlassen.

256 **- Drug-Checking**

258 Drug-Checking ist eine Interventionsstrategie zur Erhaltung der Gesundheit. Durch die  
259 Veröffentlichung der Laboranalysen von auf dem Schwarzmarkt erhältlichen Drogen ist  
260 es den DrogengebraucherInnen möglich, die mitunter deutlich unterschiedlichen  
261 Wirkungsweisen der in den Drogen enthaltenen Substanzen abzuschätzen, dadurch  
262 gefährliche Überdosierungen zu vermeiden und den Konsum lebensgefährlicher  
263 Streckmittel zu verhindern.

11  
264 Auch das Drug-Checking kann aufgrund der gesetzlichen Vorschriften in Leipzig  
265 derzeit nicht angeboten werden. Die LINKE Leipzig fordert deshalb die  
266 Bundestagsfraktion auf, sich für eine entsprechende Gesetzesinitiative einzusetzen.  
267

268

### 269 - **Substitutionsangebote**

270

271 Die Linke Leipzig begrüßt Substitutionsangebote, mit denen unter ärztlicher Aufsicht  
272 Ersatzstoffe an Menschen mit schwerster Opioid-Abhängigkeit ausgereicht werden. Die  
273 Zahl der substituierenden MedizinerInnen ist rückläufig. ÄrztInnen haben oftmals zu  
274 geringe Anreize, eine Substitutionsbehandlung anzubieten, da ein geringer Verdienst  
275 einem hohen Aufwand entgegensteht. DIE LINKE Leipzig unterstützt landespolitische  
276 Bemühungen der Landtagsfraktion, die diamorphingestützte Substitution aus  
277 gesundheitspolitischen Gründen zu ermöglichen und der Methadon-Substitution zu  
278 bevorzugen.

279

280 Die Ziele der Substitutionsangebote sind:

281

- 282 ·Verminderung/Verhinderung von Folgeerkrankungen
- 283 ·Entkriminalisierung/Verminderung von (eventueller) Beschaffungskriminalität
- 284 ·finanzielle Stabilisierung
- 285 ·Sicherung der Wohnversorgung
- 286 ·Wiedereinstieg in das (Berufs)Leben bzw. Sicherung des Arbeitsplatzes
- 287 ·Erleichterung des Ausstiegs aus dem Umfeld Opiate konsumierender  
288 DrogengebraucherInnen
- 289 ·Verhinderung von Überdosierungen oder Schädigungen

290

Leipzig, den 10. Mai 2013

## Kandidatur für den Stadtvorstand von Adam Bednarsky

- 33 Jahre alt (1 Kind)
- z.Z. Doktorand
- Sprecher der sächsischen LAG Sport
- ehrenamtlicher Geschäftsführer von Roter Stern Leipzig
- politische Themen: u.a. Antidiskriminierung, Sport(-politik)



Liebe Delegiertinnen und Delegierte des Stadtparteitages,

für die geplante Nachwahl eines Mitgliedes des Stadtvorstandes auf der 3. Tagung des 3. Stadtparteitages möchte mich hiermit zur Wahl stellen.

Ich bin 33 Jahre alt und lebe mit meiner Partnerin Claudia und unserem Sohn Georg im Leipziger Süden. An der Universität Leipzig habe ich Politikwissenschaften und Geschichte studiert. Seit 2009 promoviere ich als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema (Anti-)Diskriminierung im sächsischen Amateurfußball.

Seit nahezu zwei Jahrzehnten bin ich politisch in linken Organisationen engagiert. Kurz nach den gesellschaftlichen Umbrüchen der (Nach-)Wendezeit fand ich im Alter von 14 Jahren über die damalige *Jugendorganisation Offensive in und bei der PDS* im Leipziger Stadtverband Anschluss an unsere Partei, in der ich seit meinem 16. Geburtstag Mitglied bin. In den 1990er Jahren war ich parteiintern vor allem jugendpolitisch aktiv.

Mit der Gründung des antifaschistischen Sportprojektes *Roter Stern Leipzig '99 e.V.* im Jahr 1999 verschob sich das Hauptaugenmerk meines politischen Engagements. Dieses Projekt hat sich in den letzten Jahren zu einer bundesweit bekannten und erfolgreichen Alternative im Amateurfußball entwickelt. In diesem Verein sind mittlerweile 600 Mitglieder (darunter 200 Kinder und Jugendliche) aktiv, ich bin hier als ehrenamtlicher Geschäftsführer tätig.

Zukünftig möchte ich mich wieder stärker direkt im Stadtverband unserer Partei einbringen. Nach großen Erfolgen der LINKEN im Zuge des Parteineubildungsprozesses bei der Bundestagswahl 2009 lagen und liegen nunmehr die *Mühen der Ebene* vor uns. Diese sind u.a. geprägt durch die inhaltlichen Debatten und Auseinandersetzungen über den erfolgreichen Kurs der Partei. Dieses Land benötigt unstrittig eine starke linke politische Kraft. Bei der Bewältigung dieser Herausforderung möchte ich mit meinen gesammelten politischen Erfahrungen dazu beitragen, dass wir mit unseren Ideen und Zielen auch in Leipzig noch mehr Menschen erreichen.

Die Grundlagen für zukünftige Erfolge werden vor allem auch auf kommunaler Ebene gelegt. Hier möchte ich mit meinen vielfältigen Organisationserfahrungen speziell im Bereich der Sport(-politik) sowie im Bereich der Gleichstellungspolitik wirken. In den vergangenen Jahren habe ich bei der Lösung zahlreicher politischer und infrastruktureller Aufgaben in meiner ehrenamtlichen Arbeit viel Pragmatismus und Realismus benötigt, und konnte mir andererseits meinen linken Idealismus erhalten.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, auf dem Stadtparteitag Euer Vertrauen zu erhalten.

Adam Bednarsky



Liebe Genossinnen und Genossen,

für den freien Platz im Stadtvorstand möchte ich auf dem nächsten Stadtparteitag kandidieren.



### **Persönliches:**

- Name: Susanne Scheidereiter
- Geburtstag/ - ort: 11.11.1977 in Oschatz
- Abitur 1996 Schwerpunkt Naturwissenschaften
- Studium an der Universität Leipzig: Lehramt Deutsch/ Ethik- Philosophie
- politisch aktiv in der Linken StudentInnengruppe LSG
- 2005 - 2008 Referendariat in Leipzig (Mittelschule) mit Babypause (Tochter Lilli)
- seit 2008 als Lehrerin tätig
- Mitgliedschaft in GEW
- 2008 Mitgliedschaft bei AG LISA

### **Politische Felder:**

#### **Bildung/ Schulen/ Kitas/**

Schulsystemkritikerin durch Erfahrung  
Problematik Kindergartenplätze  
Finanzierung Jugendhilfe/ ASD

#### **Kommunikation**

parteiinterne Strukturen/ AG- Vernetzung  
aggressionsfreie, progressive Sprache  
offene Diskussionsformen stärken

#### **Feministische Politik**

Lohngerechtigkeit, Reproduktion, gendersensible Sprache,  
Gewalt an Frauen und Kindern, Asylpolitik, Friedenspolitik

#### **Wohnen/ Stadtentwicklung in Leipzig**

bezahlbarer (gesunder und schöner) Wohnraum für alle  
Gentrifizierung  
Umweltpolitik

### **Motivation für meine Kandidatur:**

Politisch aktiv, vor allem im außerparlamentarischen Bereich, bin ich seit 1997. Zur AG Lisa im Leipziger Stadtverband kam ich im Jahr 2008 und arbeite seit dem dort mit. Ebenfalls kandidierte ich in diesem Jahr für DIE LINKE bei der Kommunalwahl in Leipzig.

Am 1. Mai 2013 trat ich in die Partei DIE LINKE ein, um nicht mehr nur als Sympathisantin die Politik der Partei zu begleiten. Ich möchte gern innerhalb und mit der Partei für unsere Inhalte streiten und den Leipziger Stadtverband konstruktiv mitgestalten.

Ich denke, unserer Partei stehen in der nächsten Zeit wichtige Aufgaben bevor: wir haben verschiedene Wahlen zu meistern und ebenso haben wir uns intensiv mit der Verbesserung unserer Mitgliederstruktur zu beschäftigen. Zudem gilt es, als Partei die Entwicklung unserer Stadt aktiv und kritisch mitzugestalten. Unsere Ziele können wir erreichen, wenn wir vorhandene Ressourcen effektiv nutzen, innovativ denken und Menschen begeistern.